

Gespräch mit Julian Nida-Rümelin

»Die Verwandlung von Werten in handelbare Güter zerstört einen Teil dieser Werte«

Julian Nida-Rümelin ist Professor für Philosophie und politische Theorie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und leitet dort das interdisziplinäre Kompetenzzentrum Ethik. Als Taschenbuch ist kürzlich von ihm erschienen: »Die Optimierungsfalle. Philosophie einer humanen Ökonomie« (btb). Im Gespräch mit Thomas Meyer erläutert er die Rolle von Moral und Verantwortung in der modernen Ökonomie.

NG/FH: In der Finanzmarktkrise 2008 wurde offenkundig, dass die Kriminalität im Bankenwesen ein Ausmaß erreicht hat, das wir zuvor nicht kannten. Und die Entwicklung hat sich in vielen anderen Bereichen fortgesetzt, als Beispiel sei nur der Skandal bei VW genannt. Man hat langsam den Eindruck, dass mittlerweile die Missachtung sogar minimaler moralischer Regeln zu einer Art Normalität geworden ist. Gibt es zwischen den einzelnen Exzessen einen Zusammenhang? Haben wir gar eine neue Stufe der kompletten Entmoralisierung des Marktgeschehens erreicht?

Julian Nida-Rümelin: Man kommt gar nicht um die Einsicht herum, dass über Jahrzehnte in den Business Administration Studies weltweit – also in den Studiengängen, aus denen die meisten später ins Management gehen – eine bestimmte Botschaft im Mittelpunkt steht, nämlich: Rationalität besteht darin, dass jeder seine eigenen Interessen optimiert. Das hat keinerlei Einschränkungen. Natürlich gehört dazu, dass man auch Regeln beachtet, wenn man Strafen befürchten muss. Aber in der Regel sind moralische Aspekte, Regeln des Anstands, der Wahrhaftigkeit, des Vertrauens oder dergleichen nicht Teil dieser Ausbildungsgänge. Selbst die Themen *Corporate Responsibility* oder *Corporate Social Responsibility* werden zumeist im Hinblick auf die Fragestellung diskutiert, wie das Unternehmen langfristig seine Gewinne sichern kann, und nicht unter dem Aspekt, welche Verpflichtung Unternehmen haben. So ist ja z.B. die Formel, dass Eigentum verpflichtet, in Artikel 14 des Grundgesetzes Verfassungsnorm. Das heißt, die reine Optimierung von Gewinnen ist nach der deutschen Verfassungsordnung gar nicht zulässig. Aber das sehen US-amerikanische Ökonomen ganz anders.

Ich will es kurz und etwas polemisch zusammenfassen: Das System hat eine neue Generation junger, vor allem männlicher Manager herangezüchtet, die gerne das große Rad drehen wollen, jedenfalls in der Finanzwirtschaft. Dort sind auch die Boni-Systeme so konstruiert, dass unter Umständen Leute mit relativ geringer Berufserfahrung sehr hohe Boni einstecken können, wenn sie kurzfristig erfolgreich sind. Die mit den Aktionen verbundenen Risiken zeigen sich oft erst Jahre später. Diese Attitüde hat in der finanzwirtschaftlichen Praxis zu einem Verfall der Sitten beigetragen. Bei vielen Hedgefonds, aber auch bei vermeintlich ganz normalen seriösen Banken hat es ja unglaubliche Exzesse gegeben. Selbst die Deutsche Bank, die international lange Zeit eher als betulich galt, dann aber überwiegend zu einer Investmentbank wurde, muss sich einer Vielzahl von Gerichtsverfahren stellen, die alle mit diesem Sittenverfall zusammenhängen.

NG/FH: Eine geläufige Ansicht in den Medien, teilweise auch in der Gesellschaft, lautet: Die Märkte haben zwar wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die sie einhalten müssen, im Grunde genommen sind sie aber moralisch neutral. In der Geschichte ist das doch

aber eher eine Ausnahmesituation. Wir hatten bis ins 18. Jahrhundert hinein eigentlich überall eine *moral economy*, also eine Ökonomie unter moralischen Gesichtspunkten wie Vorsorge, Fürsorge und andere soziale Aspekte. So war bei Aristoteles die Ökonomie Teil der praktischen Philosophie, wurde von vorneherein auch moralisch gedacht. Ist es richtig, hier von einer historischen Ausnahmesituation zu sprechen?

Nida-Rümelin: Diese Frage hat eine historische aber eben zugleich auch eine philosophische Dimension. Die moderne Ökonomie als wissenschaftliche Disziplin ist ja aus der schottischen Aufklärungsphilosophie, speziell dem Utilitarismus hervorgegangen: Jeremy Bentham und John Stuart Mill; bei Adam Smith ist das noch ein wenig anders. Dort geht es vor allem um die Philosophie der Gefühle. Adam Smith war ja beides, sowohl Emotionentheoretiker als auch ein wichtiger ökonomischer Theoretiker.

Man kann durchaus sagen, dass es der Versuch einer Art Rationalisierung der wertenden Stellungnahme ist, die zugleich den Utilitarismus als ethische Theorie als auch die ökonomische Theorie begründet. Der Utilitarismus ist in gewissem Sinn eine ökonomische Theorie der Moral, man soll mit den Ressourcen sparsam umgehen und schauen, dass das eigentlich Gute, nämlich das Wohlergehen oder die Summe des Wohlergehens optimiert wird. Deswegen ist die Ökonomie als Disziplin in ihrem Ursprung ein Instrument um die ökonomische und die politische Praxis, soweit sie für die ökonomische Praxis relevant ist, am gemeinsamen Wohl auszurichten. Das erklärt, warum es in der Frühphase der ökonomischen Wissenschaft eine Verbindung zwischen Utilitarismus/Liberalismus und Sozialreformismus gibt. Wenn man zum Beispiel an das London jener Zeit mit der katastrophalen Verelendung denkt, die durch die Landflucht und die neu Hinzugekommenen, die erst einmal keine angemessenen Jobs fanden, forciert wurde, dann ist das eine sehr sympathische Attitüde. Das heißt, die Sozialreformer verlassen sich nicht mehr auf Althergebrachtes, nicht mehr auf die Kirche, auf den Klerus oder auf fürstliche Gewohnheiten, sondern sie richten jetzt ihre Ressourcen darauf aus, das Wohl der großen Zahl zu mehren. Soziale Reformen bedeuten also Liberalisierung der Ökonomie – das war die Hoffnung – und eben Orientierung am Nutzen als dem eigentlich rationalen Prinzip.

Und die weitere Geschichte kann man jetzt grob in drei Motiven zusammenfassen: soziale Reformen gegen den konservativen Klerus und die alten Adelskreise; Liberalisierung, auch im Sinne der Freisetzung von Dynamiken und dann eben die Orientierung am allgemeinen Wohl. Diese drei Orientierungen, die den Liberalismus im 19. Jahrhundert durchaus prägen, geraten zunehmend in Konflikt miteinander. Daraus entwickeln sich unterschiedliche Strömungen. Der eher auf Gewinninteressen setzende Wirtschaftsliberalismus entsteht bereits im 19. Jahrhundert und ist dann spätestens mit der großen Weltwirtschaftskrise, eigentlich schon mit dem Ersten Weltkrieg so nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Die Jahre nach 1929 führen dann über die schrecklichen Umwege – Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg – zu einem ganz neuen Verständnis von ökonomischer Praxis. Dabei spielt John Maynard Keynes eine wichtige Rolle, aber schon bevor er seine Schriften publiziert hatte, war vielen Politikern klar, dass der Staat eine aktivere Rolle spielen müsse. Und daraus entwickelte sich dann diese neue, wenn man so will, sehr schöne Phase, in der es zu einer Art Balance zwischen staatlicher Verantwortung für die ökonomischen Bedingungen, der Konjunkturpolitik und Sozialpolitik kommt, auch um die Nachfrage zu stabilisieren, denn Sozialpolitik hat auch diese ökonomische Dimension. Diese Balance wird ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre beendet, weil der

vulgäre Keynesianismus, der dann die Staatspolitik weitgehend bestimmt, zu einer immer höheren Verschuldung führt und damit die ausgleichende, stabilisierende Funktion des Staates im Sinne eines recht verstandenen Keynesianismus nicht mehr wirkt. Das ist die Chance für die Marktradikalen oder Neoliberalen, die die Ökonomie in die sogenannte angebotsorientierte Richtung drängen, also die Bedingungen zu verbessern, damit die Unternehmen höhere Gewinne erzielen.

NG/FH: Es gibt ja eine Debatte über die Rolle der Märkte in Bezug auf die moralischen Einstellungen und Dispositionen der Menschen in der Gesellschaft. Die einen vertreten die These, dass Märkte von sich aus prinzipiell und unentwegt die moralischen Grundlagen des Gemeinwesens untergraben und destabilisierten. Die anderen, vor allem die Neoliberalen, vertreten die Auffassung, dass im Grunde der Markt das eigentliche Einübungsfeld bzw. die Verfassung der Freiheit wäre.

Nida-Rümelin: Meine Position liegt zwischen diesen Extremen. Ich glaube, dass man den Marktmechanismus als einen Ausgleichsmechanismus zwischen Angebot und Nachfrage benötigt. Das Bild von der unsichtbaren Hand ist durchaus treffend. Den Staat kann man dann in dieser Hinsicht aus der Verantwortung nehmen, er muss nicht die Bedürfnisbefriedigung selbst direkt steuern, sondern kann sich auf den Marktmechanismus zu einem wesentlichen Teil verlassen. Das ist absolut unverzichtbar. Ein rein ökonomischer Markt wird jedoch zwangsläufig inhuman und zerstört interessanterweise sogar die Bedingungen seines Erfolges. Wenn alles zur ökonomischen Ware wird, dann werden Regeln des humanen Umgangs zerstört.

Wenn beispielsweise die Freundschaft zu einem ökonomischen Wert wird, den ich nach seinem Nutzen kalkuliere, dann ist das keine genuine Freundschaft, weil diese gerade darin besteht, dass ich jemandem auch dann helfe, wenn mir das Helfen nichts nützt. Die Kommodifizierung, also die Verwandlung von Werten in handelbare Güter, zerstört einen Teil dieser Werte.

Und noch einen Schritt weiter: Ökonomische Märkte können nur funktionieren, wenn Kommunikation verlässlich und vertrauensvoll möglich ist. Wenn kommunikative Akte immer unter Misstrauen stattfinden, dann wird es ökonomisch extrem teuer, weil alles kontrolliert und sanktioniert werden muss. Kommunikation setzt aber voraus, dass die Regeln der Wahrhaftigkeit, des Vertrauens und der Verlässlichkeit auch dann befolgt werden, wenn es im Einzelfall für mich nicht vorteilhaft ist. Dieses Argument allein zeigt schon, dass ein ökonomischer Markt, der sich verselbstständigt, der kulturell und ethisch nicht mehr eingebettet bleibt, dysfunktional wird.

Der Staat hat nun die Aufgabe, diese Einbettung von ökonomischen Märkten durch Gesetze und Sanktionen zu stabilisieren, sie aber nicht zu ersetzen. Es gibt durchaus die Auffassung, dort wo der Markt nicht funktioniert, sei der Staat die einzige Option. Das halte ich für falsch. Das wäre dann letztlich wieder ein totalitäres System der totalen Kontrolle und Sanktionierung, das sich niemand wünschen kann.

NG/FH: Geht es letztlich denn eher darum, durch eine kollektive Ethik und kollektiv handelnde Akteure die Rahmenbedingungen richtig zu setzen, oder geht es eher darum, dass die individuellen Akteure, die in der Wirtschaft selbst tätig sind, ethisch handeln? Oder gibt es zwischen beiden Ebenen einen Zusammenhang?

Nida-Rümelin: Ich glaube, dass beides erforderlich ist. Wir brauchen eine kollektive



Reiner Zehng

Meinungsbildung, zum Beispiel darüber, in welcher Welt wir leben wollen und welche Rolle der ökonomische Markt darin spielen soll. Was und wie viel wollen wir als öffentliches oder kollektives Gut behandeln? Ich bin z.B. der Auffassung, dass Bildung im Großen und Ganzen ein öffentliches Gut ist, für das man nicht zahlen, sondern das über Steuern finanziert werden sollte. Aber man kann natürlich auch anderer Meinung sein und sagen: Überall dort, wo Bildung für spätere berufliche Erfolge und Einkommensgenerierung wesentlich ist, da sollte auch der Einzelne, der davon profitiert, etwas dazu beitragen. Das ist die angelsächsische Auffassung. Diese Entscheidungen sind genuin politische Aufgaben. Dazu bedarf es einer Diskussion über Normen und Werte: Ist Bildung ein gemeinsames Gut, das unsere Gesellschaft im Sinne von Inklusion und Teilhabe zusammenhält, oder ist sie im Wesentlichen ein individualisierbares Gut des persönlichen Vorteils?

Auf der anderen Seite kann ich mir eine funktionierende Ökonomie nicht vorstellen, in der sich die Akteure nicht an die Regeln des Anstands halten, miteinander wahrhaftig umzugehen. Doch diese Selbstverständlichkeiten, so scheint es, sind im Gefolge dieser marktradikalen Ideologie zunehmend unter Druck geraten.

NG/FH: Heißt das, dass in erster Linie das Vorherrschen dieser neoliberalen Ideologie die Wirtschaftsakteure motiviert oder scheinbar legitimiert, die Grenzen moralischen Handelns fortwährend und umfangreich zu übertreten?

Nida-Rümelin: Ich glaube, dass es diesen Zusammenhang gibt. Wenn Menschen den Eindruck haben, Rationalität bestünde ausschließlich darin, die eigenen Interessen optimal zu verfolgen, dann wird alles zum Instrument dieser Optimierung: jedes Gespräch, jede Kommunikation, jede Interaktion, jede Entscheidung. Diese Botschaft gibt

es ja nicht nur auf der betriebswirtschaftlichen Ebene, sondern auch in der Philosophie und in den Kultur- und Geisteswissenschaften, sozusagen spiegelverkehrt. Der ökonomische Markt ist moralfrei (*morals by agreement*), das ist eine These des kanadischen Philosophen David Gauthier, und es ist auch die Auffassung vieler Kritiker des ökonomischen Marktes.

Ich glaube, dass sie Unrecht haben, aber mit dieser Botschaft kulturell eine immense Wirkung erzielt haben, die mit zu dem Verfall der Sitten in der ökonomischen Praxis beigetragen hat.

NG/FH: Andererseits ist in der Gesellschaft doch ein Unbehagen im Kapitalismus, ein Unbehagen am Kapitalismus zu beobachten.

Nida-Rümelin: Vor allem auch über die wachsende Ungleichheit, weltweit, und zunehmend auch in den einzelnen Nationalstaaten. Lange Zeit hieß es, die Ungleichheit weltweit gehe zurück, sie nehme lediglich innerhalb der einzelnen Nationalstaaten zu. Mittlerweile kann man das nicht mehr aufrechterhalten. Die Ungleichheit wächst auch im globalen Maßstab. Die Sonderentwicklung China hat das nur eine Zeitlang verdeckt. Bei der Vermögensungleichheit ist das ganz extrem, aber auch die Einkommensungleichheit weitet sich radikal aus. Deutschland gehört übrigens zu den Ländern mit einer vergleichsweise moderaten Ungleichheit der Sekundäreinkommen, hier macht sich die Umverteilung über Steuern durchaus bemerkbar, bei massiver Ungleichheit der Vermögen, auch der Primäreinkommen.

CEOs in den USA verdienen mittlerweile 400-mal so viel wie ihre Angestellten im Unternehmen im Durchschnitt. In den 60er Jahren lag dieser Wert bei dem 20- bis 30-fachen. Das trägt in meinen Augen zu einem Legitimationsverlust der kapitalistischen Ökonomie bei. Man hat nicht mehr den Eindruck, dass die ökonomischen Märkte eine dienende Rolle für das Wohlergehen der Menschen spielen. Wenn also im Wesentlichen nur noch ein bis drei Prozent der Bevölkerung das Wirtschaftswachstum für sich nutzen können, während die untere Hälfte – besonders in den USA ist das sehr deutlich – seit Jahrzehnten keine realen Einkommenszuwächse mehr erreicht hat, dann wird das System dysfunktional. Die Form des finanzmarktgesteuerten globalen Kapitalismus gerät gegenwärtig völlig zu Recht massiv unter Druck.

NG/FH: Die Balance also zwischen Märkten und Konkurrenzkampf auf der einen Seite und der rechtlichen Rahmensetzung ist verloren gegangen. Worin würde sie aber bestehen? Kann man das allgemein beschreiben?

Nida-Rümelin: Im Ethik-Forum der Deutschen Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management (DVFA), haben wir lange über die Frage gestritten, wie das Verhältnis von staatlicher Regulierung und ethischer Einbettung der finanzwirtschaftlichen Praxis aussehen soll. Die gemeinsame Auffassung bei vielen auch unterschiedlichen Positionen war, dass man nicht ausschließlich auf das eine oder das andere setzen kann. Wenn man z.B. tatsächlich annähme, dass alle Akteure die letzten Möglichkeiten jeweils für sich ausnutzen und völlig ethikfrei agierten, dann benötigten wir am Ende eine Überregulierung, die alles erstickte. Unter den Regulierungsmaßnahmen leiden derzeit nicht die großen Geschäftsbanken, die den Schlamassel zusammen mit den Hedgefonds und der sogenannten Schattenökonomie angerichtet haben, sondern besonders die Genossenschaftsbanken und die Stadt- und Kreissparkassen in Deutschland.

Es gilt generell: Überall dort, wo das Misstrauen sehr groß ist, wird der Kontrollapparat ausgeweitet und erstickt am Ende die individuelle Autonomie verantwortlich zu entscheiden. Also braucht man eine Balance. Diese können wir nur wiederherstellen, indem zum Beispiel auch in den wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungsgängen die ethische Dimension selbstverständlicher Bestandteil ist. Und generell würde ich empfehlen, dass die Krise, in der sich gegenwärtig die Ökonomie als Wissenschaft zweifellos befindet, genutzt wird, um sich auch über die ethische und kulturelle Dimension ökonomischer Praxis Gedanken zu machen.

NG/FH: Es besteht ja auch der Verdacht, dass die vielen Ethikseminare und -veranstaltungen, die die Großwirtschaft durchführt, und bestimmte gemeinnützige Projekte letzten Endes lediglich für die Öffentlichkeit inszenierte PR-Aktionen sind, die aber am realen ökonomischen Handeln der Firmen nichts Gravierendes verändern.

Nida-Rümelin: Das halte ich persönlich für falsch. Bis Ende der 80er Jahre haben die bestverdienendsten Manager in Deutschland nicht mehr als eine Million Mark pro Jahr verdient. Das ist viel, aber natürlich nicht vergleichbar mit den heutigen Gehältern. Und wenn man dann nachfragte, warum die Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank zum Beispiel eben »nur« 920.000 Mark verdient haben, bekam man die Antwort: »Weil alles andere als unanständig galt.«

Das hat sich durch die Fusionen deutscher und europäischer Unternehmen mit amerikanischen verändert. Auf einmal saßen auf der anderen Seite des Atlantiks Manager gegenüber, die das 10-, 20- und 30-fache deutscher Gehälter verdienten. Dann wurde der Deckel hochgehoben und die Gehälter explodierten. In Japan demgegenüber gibt es relativ geringe Einkommensunterschiede. Das ist zweifellos kulturell bedingt.

Es ist empirisch schlicht falsch, dass kulturelle und moralische Fragen keine Rolle für die Wirtschaftspraxis spielen. Die kulturelle Praxis eines Unternehmens spielt eine immense Rolle für die Art und Weise, wie sie mit Entscheidungen umgehen. Fehlentwicklungen, wie jetzt bei VW, hängen zweifellos mit einem extrem hierarchischen Führungsstil zusammen, der den Leuten den Mut nahm, Fehlentwicklungen anzusprechen. Deswegen ist auch bei VW jetzt dringend ein Kulturwandel erforderlich.

NG/FH: Von wem müssten denn jetzt die hauptsächlichen Impulse kommen, um die Balance einigermaßen wiederherzustellen?

Nida-Rümelin: Da spielen natürlich viele Akteure eine Rolle, das kann nicht ein reines Bottom-up- oder Top-down-Verfahren sein. In Unternehmen, die an der Spitze von einem zynischen Geschäftsgebaren geprägt sind, breitet sich dieser Geist über alle Hierarchieebenen nach unten aus, weil die Einzelnen das Gefühl haben, wenn ich mich anständig verhalte, habe ich ja nichts davon. Also spiele ich das Spiel mit, auch wenn ich ein schlechtes Gewissen habe. Das heißt also, ohne die Mitwirkung der Spitze ist da nichts zu verändern.

Auf der anderen Seite ändert sich auch nichts allein durch das Verfassen von Papieren oder Appellen. Werte und Normen zeigen sich in der Praxis und jede Praxis offenbart Werte und Normen: In welcher Weise gehen wir mit unseren Kunden oder Geschäftspartnern um, wie mit Konflikten? Wird jemand, der Einwände gegen mögliche Fehlentwicklungen erhebt, geschasst, isoliert, gerät der in Schwierigkeiten? Oder wird so etwas respektvoll aufgenommen, diskutiert und geklärt? Wird jemand, der die

Kunden betrogen hat, aber es geschickt durch Protokollnotizen überspielt hat, befördert und mit zusätzlichen Boni ausgestattet oder zur Rede gestellt?

NG/FH: Man könnte ja sagen, die einzig in modernen Gesellschaften akzeptable politische Praxis ist die Demokratie. Kann man das auch auf die Wirtschaft übertragen und sagen: Die angemessene moralische Praxis müsste eine Wirtschaftsdemokratie sein.

Nida-Rümelin: Ich glaube, dass man diese Diskussion, die sehr intensiv in den 70er Jahren geführt wurde, so nicht mehr führen kann. Auch auf der staatlichen politischen Ebene ist auffällig, dass die demokratische Entscheidungsfindung im Sinne von Mehrheitsentscheidung auf relativ kleine Bereiche beschränkt ist. In meiner Zeit als Kulturstaatsminister im ersten Kabinett Schröder hätte ich zum Beispiel nie zu irgendeiner Frage eine Abstimmung in der Behörde veranstaltet. In letzter Instanz musste ich auf der Grundlage von Empfehlungen, die die Fachleute in der Behörde vorbereitet hatten, entscheiden.

Dem Bundeskanzler steht die Richtlinienkompetenz zu, die sich oft darin äußert, dass er oder sie Entscheidungen trifft, unabhängig davon, was die anderen Minister im Kabinett dazu meinen. Auch wenn Rat eingeholt wird, die letzte Entscheidung liegt bei dieser Person. Das heißt, politische Verantwortung funktioniert nur so, dass nicht alles mehr oder weniger anonym entschieden wird, sondern personal zugeordnet ist: Diese Person hat diese politische Entscheidung getroffen. Auch in der politischen Sphäre ist die Mehrheitsentscheidung in ihrer Rolle begrenzt: Verabschiedung von Gesetzen, die Wahl des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin, die Zusammensetzung der Parlamente durch Volkswahlen.

In der Ökonomie liegen die Dinge zwar etwas anders, aber in einer Hinsicht ähneln sich die beiden Sphären: Auch dort kommt es darauf an, dass Personen Verantwortung tragen. Abteilungsleiter können sie nicht an Mehrheitsentscheidungen delegieren. Ich glaube, dass sich gerade in der Großindustrie die starke Rolle der Arbeitnehmervertretung – fast paritätisch – sehr bewährt hat, und dass dieses Modell auch international zunehmend bewundert wird, weil es erlaubt Konflikte frühzeitig zu moderieren, die sonst eskalieren würden und es oft wie ein Frühwarnsystem für Fehlentwicklungen funktioniert. Ich glaube, dass Unternehmen sehr gut daran tun, die Meinungen aus der Mitarbeiterschaft in ihre Entscheidungen einzubeziehen, ihr umfangreiche Partizipationsmöglichkeiten zu geben. Das heißt aber nicht, die Entscheidungsfindung in toto zu demokratisieren.

Bernhard Emunds

Profite, Strukturen, Moralvorstellungen

Phasen und Ansätze der Wirtschaftsethik

Die Anfänge der Ökonomie mögen teilweise in der Ethik liegen, im Laufe ihrer Entwicklung hat sie sich in ihrem Selbstverständnis jedoch immer weiter von der Ethik entfernt. So waren und sind es auch nur einige wenige Vertreter/innen der Ökonomie, die sich an explizit wirtschaftsethischen Debatten beteiligen. Bis vor gut 30 Jahren wur-